

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST
Bad Godesberg, Bonn

4. OKT 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/202

Bonn, den 4. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Das verlorene Jahr Traurige Bilanz der Regierungspolitik Von G. Markscheffel	95
2a	Durchbrochenes Tabu Zur Denkschrift deutscher Wissenschaftler über den zivilen Bevölkerungsschutz	31
3 - 4	Vorsichtige Annäherung zwischen Belgrad und Moskau Nach dem Besuch Brechnews in Jugoslawien Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	64
5	Betriebskantinen in den Hungergebieten Studienergebnisse des Max Planck-Instituts für Ernährungsphysiologie in Dortmund Von Bruno Kuster	50
6 - 7	General Eltscher wieder "Held des Bürgerkrieges" Rehabilitierung eines sowjetischen Vorkriegsideals Von Rudolf Hernig	32

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das verlorene Jahr

Eine traurige Bilanz der Regierungspolitik

G. M. - Mit einem an Leichtsinngrenzen grenzenden Wagemut hat sich die sonst im Alten verhaftete CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Woche in Berlin den Anschein großer politischer Aktivität gegeben. 11 Minister sassen, von grellem Scheinwerferlicht geblendet, auf der Tribüne des Sportpalastes und verkündeten dort, was sie zu tun gedächten. Auf die Idee, bei dieser Gelegenheit einmal zu sagen, daß ein Jahr nach der Regierungsbildung die Bundesregierung immer noch "schwimmt" und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Politik alte Geständnisse und Bekenntnisse von sich gibt, ist niemand gekommen. Das wäre auch zuviel verlangt.

Das vergangene Jahr ist gekennzeichnet durch eine Reihe unerfreulicher Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition und der stärksten Regierungsparteien. Diese Auseinandersetzungen sind so hart, daß sie die Regierung daran hinderten, zu regieren. Nicht einmal in der alle Deutschen zutiefst berührenden Berlin-Frage wurde von der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien ein konstruktiver Beitrag geleistet.

Im Gegenteil, während sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in den Vereinigten Staaten aufhält, wird in Bonn und andererseits auf ihn "geschossen".

- * Die mutwillig von der CDU/CSU vom Zaune gebrochene Diskussion
- * über den Status Berlins ist ein innenpolitisches Manöver mit
- * dem Ziel, den mit überwältigender Mehrheit zum Regierenden
- * Bürgermeister von Berlin gewählten Sozialdemokraten abzuwer-
- * ten. Sie ist ausserdem ein großangelegtes Ablenkungsmanöver
- * von der eigenen Ideenlosigkeit.

Die in jüngster Zeit hochgespielte und durch offenbar gezielte Indiskretionen von prominenten CDU-Politikern öffentlich geführte Diskussion über die Möglichkeiten einer realistischen deutschen Ost-Politik sind ebenfalls nichts anderes als ein Windst. Seit Juni 1961 liegt ein vom Bundestag einstimmig gebilligter Bericht über die Grundlagen einer zukunftsweisenden deutschen Ost-Politik vor. Wenn man jetzt so tut, als habe man etwas ganz Neues erfunden, täuscht man bewusst die deutsche und internationale Öffentlichkeit. Dieser Bericht ist heute noch gültig; er verpflichtet auch heute noch die Bundesregierung zum Handeln und sollte nicht durch vorlaute Spekulationen zerredet werden.

Das Verhältnis zu unseren stärksten und wichtigsten Verbündeten, zu den USA, hat sich im vergangenen Jahre leider nicht gebessert. Es ist durch Indiskretionen und eine vom Bundesverteidigungsminister selbst ausgelöste Diskussion über die Verteidigungsstrategie des Westens einer Belastungsprobe ausgesetzt worden, die wir uns einfach nicht leisten können.

- * Das Gezerre und die vielen von der Bundesregierung und ihrem
- * Chef in die Welt gesetzten Unklarheiten über den Beitritt
- * Großbritanniens zur EWG, die Problematik der Schaffung einer
- * politischen Union Europas und andere diesen Themenkreis be-
- * rührende Fragen, hat Komplikationen für die europäische In-
- * tegrationspolitik hervorgerufen, die sich ebenfalls für das
- * Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren Freunden schädlich
- * auswirken.

I n n e n p o l i t i s c h ist die seit einem Jahr amtierende Bundesregierung nicht viel tatkräftiger und ideenreicher gewesen. Seit Jahren weiß man, daß die Erhaltung von Konjunktur und Kaufkraft im Vordergrund unserer Wirtschaftspolitik stehen muß. Geschehen ist auf diesem Gebiet praktisch nichts, wenn man nicht etwa auf die Idee kommen wollte, die Fernseh- und Rundfunkappelle des Bundeswirtschaftsministers als "Wirtschaftspolitik" zu bezeichnen.

- * Die seit Jahr und Tag in Voraussicht einer notwendigen Straff-
- * ung der gesamten Wirtschaftspolitik von der Sozialdemokratie
- * und auch von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge wurden
- * entweder abgelehnt oder durch kostspielige Propagandawellen
- * in den Hintergrund des öffentlichen Bewusstseins gedrängt.
- * Zum Schaden der Bevölkerung !

Die Interessengegensätze auf dem Gebiet der staatlichen Lohn- und Gehaltspolitik wirkten sich im vergangenen Jahre innerhalb der Regierungskoalition so stark aus, daß sachliche Entscheidungen nicht getroffen werden konnten. Noch während man in Berlin großartig ankündigte, man werde jetzt endlich das "Sozialpaket" des Bundesarbeitsministers akzeptieren, tönte bereits durch den deutschen Blätterwald das Veto der großen Unternehmerverbände. Man wird sehen, was "bei Tische" von dem durch die Berliner Luft offenbar gestärkten Mut der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übrigbleibt...

Wir wollen heute nicht vom Haushaltsplan des Bundes reden. Aber was sich da anbahnt, kann jetzt schon angedeutet werden. Nach unseren Informationen wehrt sich jeder Minister gegen bereits angekündigte Einsparungen. Das ist normal.

N i c h t normal ist dagegen, daß die seit Jahren anstehende große Finanzreform immer noch zu den Geheimnissen der Bundesregierung gehört. Jetzt hat man die Länder aufgefordert, ihren Bundesanteil zu erhöhen, weil man glaubt, das "Ei des Columbus" auf diese Weise finden zu können. Die Opposition der Länder ist bereits deutlich, weil in Bonn je niemand sagt, wie die Länder ihrerseits die ihnen verfassungsmäßig auferlegten Aufgaben dann erfüllen sollen.

Die Liste der Versäumnisse des vergangenen Jahres - und auch früherer Jahre - könnte beliebig vergrößert werden. Überall ist Führungslosigkeit sichtbar. In den Ministerien werden seit Monaten Akten herumgetragen und Entscheidungen verzögert, weil niemand weiß, ob nicht morgen oder übermorgen etwas ganz anderes ausgeheckt wird, als das, was in langer, gewissenhafter Arbeit von Fachleuten für eine sinnvolle Entscheidung vorbereitet wurde. - Das alles nennen wir "Das verlorene Jahr! Ein Jahr, an dessen Ende innen- und aussenpolitische Entscheidungen von größter Tragweite von uns erwartet werden.

Durchbrochenes Tabu

Zur Denkschrift deutscher Wissenschaftler über den zivilen Bevölkerungsschutz

sp - Wieder einmal blieb es deutschen Wissenschaftlern vorbehalten, sorgfältig behütete Tabus zu durchbrechen und Wahrheiten auszusprechen, die manchem unangenehm in den Ohren klingen. Die Wahrheit ist: Nicht jeder hat im Atomkrieg, wie es irreführender Weise eine Broschüre des Bundesinnenministeriums behauptete, die Chance des Überlebens. Gegen die unvorstellbaren Auswirkungen von Atomwaffen gibt es, so stellt das Memorandum der deutschen Wissenschaftler nüchtern und sachlich fest, überhaupt keinen Schutz, und wer es dennoch glaubt, unterliegt einer grausamen Selbsttäuschung.

Das Memorandum reduziert die Möglichkeit des Überlebens auf jene Gebiete, die außerhalb des Wirkungsgrades einer direkten Atomwaffenexplosion liegen. Das ist gewiß keine neue Erkenntnis, in den Vereinigten Staaten gehört sie zum Allgemeinut. Dort rechnet man im Falle des Falles mit dem Tod von vielen Millionen Menschen unter der Zivilbevölkerung, und diese sichere Gewißheit erklärt das Bestreben der Kennedy-Regierung das Äußerste zu wagen, um den Ernstfall nach menschlicher Ermessen zu vermeiden.

Die deutschen Wissenschaftler haben sich durch ihre Denkschrift zum zivilen Bevölkerungsschutz ein großes Verdienst erworben und damit Anstoß zu einer schon längst fälliger Diskussion in der Öffentlichkeit gegeben. Der zweite Teil ihrer Überlegungen verdient die aufmerksame Beachtung aller, denen der Schutz der Bevölkerung obliegt. Es war der Bundeskanzler, der sich bisher der Vorlage eines im Rahmen des Zumutbaren gehaltenen Schutzbaugesetzes widersetzte, weil er davon psychologisch ungünstige Auswirkungen erwartete. Mit der bequemeren Methode, dem Volke nicht die ganze Wahrheit zu sagen, kommt man vielleicht für den Tag zurecht, sie entspricht aber nicht der Lage unserer Nation von heute und morgen. Die deutschen Wissenschaftler haben in ihrer aufrüttelnden Denkschrift gesagt, was möglich und nicht möglich ist, sie haben Illusionen zerstört und eine Wirklichkeit enthüllt, über die bisher dichte Schleier lagen.

+ + +

Vorsichtige Annäherung zwischen Belgrad und Moskau

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Zehn Tage zog der sowjetische Staatspräsident Brechnew mit seinen Gastgebern verhandelnd und öffentliche Ansprachen haltend, von der Bevölkerung bestaunt und bejubelt, an gemeinsame Kampftage erinnernd und dabei Schimpfkanonaden gegen angebliche Gegenwartsfeinde donnernd, durch die Lande. Das alles mochte, insbesondere von Ferne gesehen, sehr eindrucksvoll wirken und die Grenzen vergessen lassen, die vornehmlich einer absolut krisenfesten sowjetisch-jugoslawischen Aussöhnung noch gezogen wird.

Noch vor einem Jahr sah es so aus, als ginge die Initiative für die damals sich intensivierenden Kontakte von Belgrad aus. In Anbetracht dessen, daß sich Moskau trotzdem sobald dazu bereit fand, die das sowjetisch-jugoslawische Verhältnis belastende Schuld eines jahrelang unerwidert gebliebenen Staatspräsidentenbesuches zu löschen, deutet aber an, daß Moskau an der Fortsetzung dieser wiederbegonnenen Kontakte ebensoviel Interesse wie Belgrad hatte.

Vorläufig sind jedoch die sowjetischen Anliegen dieser Annäherung schwerer als die der jugoslawischen zu durchschauen. Für Belgrad ist die durch die Europäische Wirtschaftsintegration drohende Isolationsgefahr als eine der Hauptantriebskräfte zu veranschlagen, sich nach den Osten einigermaßen abzudecken. In den Moskauer Überlegungen sind dagegen zwei Faktoren massgebend. Auf lange Sicht wird Moskau von Jugoslawiens Einfluss innerhalb der blockfreien Afro-Asiatischen Welt stärker als bisher profitieren wollen. Auf kurze Sicht ist ihm sicherlich daran gelegen, Belgrads Unterstützung für die eventuelle Unterzeichnung eines Separatfriedensvertrages mit der "DDR" zu gewinnen.

Dieses letzte Anliegen ist bei dem Besuch Brechnews in Jugoslawien deutlich zum Ausdruck gekommen. Wiederholt hatte Brechnew vor dem Hintergrund des gemeinsamen sowjetisch-jugoslawischen Kampfes gegen den Hitlerfaschismus betont, es sei notwendig, das Berlinproblem durch die baldige Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Pankow zu lösen. Brechnew zeigte bei solchen Gelegenheiten nicht mit kräftigen Ausfällen gegen die Bundesrepublik. Aber obwohl die emotionalen Empfindungen der jugoslawischen Offiziellen gegenüber Deutschland ein vorbehaltloses entgegenkommen

erwarten lassen, überwogen die seit langer Zeit in Belgrad feststellbaren realpolitischen Einschätzungen. Daraus jedoch den Schluß zu ziehen, Belgrad würde einen separaten Friedensvertrag mit der "DDR" nicht unterzeichnen, ist sicher nicht gerechtfertigt. Man muß Belgrad aber einräumen, daß es Moskau keineswegs billige Schützenhilfe in einer Situation leistet, in die sich die Sowjets in ihrer oft künstlich hochgespielten Kampagne selbst, gebracht haben.

Für diese jugoslawische Zurückhaltung sind zwei Gründe ausschlaggebend. Da ist zunächst Belgrads Versuch, sein Verhältnis zur EWG realistisch zu gestalten und den stärksten Partner des Gemeinsamen Marktes, die Bundesrepublik, nicht unbedingt vor den Kopf zu stoßen. Da ist aber auch wie vor der ungelöste ideologische Fragenkomplex. Es hätte nicht der chinesisch-albanischer Angriffe bedurft, um daran zu erinnern, welchen wetterwendischen Fernostwinden selbst eine "nur zwischenstaatliche" sowjetisch-jugoslawische Klimaverbesserung ausgesetzt bleiben muß, solange die strittigen ideologischen Fragen ungeklärt sind. Das auf eine kurze Formel zusammengefaßte Problem, ob ein Land ausserhalb des kommunistischen Ostblocks, also Jugoslawien, "sozialistisch" sein könne, ist vorläufig unentschieden. China verneint diese Frage, Moskau bejaht sie, obwohl vorläufig noch sehr schüchtern. Formal gilt jedoch noch das im Herbst 1960 von 81 Parteien der kommunistischen Welt gefällte Urteil, wonach Jugoslawien die Hauptverkörperung der "revisionistischen Gefahr" ist.

Solange dieser Leitsatz gilt und von den Chinesen fast täglich in die Erinnerung der "vergesslichen" Moskowiter zurückgerufen wird, kann sich Belgrad in seinem Verhältnis zum Ostblock nicht vollkommen sicher fühlen. Heute scheint es zwar so, daß Chruschtschow den Jugoslawen Tito dem Chinesen Mao-Tsetung vorzieht. Aber vielleicht schon morgen könnte in Moskau wieder die chinesische Karte stecken. Erst ein Gespräch Titos mit Chruschtschow, das entscheidende ideologische Fragen zu klären hätte, wird eine Antwort darauf geben können, wie weit die jugoslawisch-sowjetische Annäherung eigentlich gehen kann.

Betriebskantinen in den Hungergebieten

B.K. - Angesichts der Unmöglichkeit, innerhalb kurzer Frist Hunger und Unterernährung zu überwinden, unter der die Hälfte der Menschheit leidet, drängen sich Sofortmassnahmen auf, um den Teufelskreis zu sprengen. Die Arbeitsleistung schlecht ernährter Arbeiter und Bauern ist selbstverständlich gering; und die niedrige Produktivität ist ihrerseits wieder wichtigste Ursache für den chronischen Hunger. So dreht man sich immer im Kreise. Die Einrichtung von Betriebskantinen und gemeinnütziger Einkaufsstellen für Arbeiterfamilien böte nach Auffassung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft einer für den wirtschaftlichen Aufschwung besonders wichtigen Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit, aus ihrem bisherigen Schicksal "auszusteigen".

Eine von der FAO herausgegebene Studie, an der Dr. H. Kraut, Direktor des Max-Planck-Instituts für Ernährungsphysiologie in Dortmund, und sein Stellvertreter Dr. W. Keller massgeblich mitgewirkt haben, erinnert an die guten Erfahrungen, die einige der wichtigsten Industrieländer in der Kriegs- und Nachkriegszeit mit Betriebskantinen gemacht haben, und unterstreicht, dass die Schaffung von Kantinen am Arbeitsort möglicherweise auch in den rückständigen Ländern die wirkungsvollste Methode darstellt, um in kurzer Zeit die Ernährungslage der Arbeiter zu verbessern. Die rasche Ausdehnung der Industrie führt zahlreiche Dorfbewohner in die Städte, wo sie in völlig unhaltbaren Verhältnissen zu leben haben und oft ausserstande sind, sich angemessen zu verpflegen. Zudem liegen die Betriebe oft weit von den städtischen Siedlungen entfernt, so dass sich die Arbeiter nicht zuhause verpflegen können.

Die vorgeschlagenen Betriebskantinen sollen aber mehr sein als billige Verpflegungsstätten. Ihr Speisezettel muss den besonderen Mangelerscheinungen der verschiedenen Kategorien - insbesondere der Schwerarbeiter und Jugendlichen - Rechnung tragen und die Arbeiter an den Genuss hochwertiger Nahrungsmittel gewöhnen, die bisher in die Küche der Bevölkerung noch keinen Eingang gefunden haben. Die Kantine in den aufstrebenden Ländern muss aber gleichzeitig den geltenden religiösen Vorschriften Rechnung tragen, die beispielsweise den Genuss von Fleisch untersagen. In diesem Fall stellen Milch, Käse, Hülsenfrüchte oder Fisch einen vollwertigen Ersatz dar. Im Fernen Osten wiederum muss die Betriebsverpflegung danach streben, traditionelle Mangelkrankungen, die auf den ausschliesslichen Genuss weissen Reises zurückzuführen sind, zu bekämpfen, indem sie ihren Kunden eben halbweissen Reis verabfolgt, den sie vielleicht nicht sehr schätzen, der aber unvergleichlich wertvoller ist.

Die Aufgabenstellung der Kantine ist aber noch viel weitergespannt: sie soll als Aufklärungszentrum dienen, das auch auf den Küchenzettel der Arbeiterfamilien Einfluss gewinnt und ihnen zu niedrigem Preise hochwertige Lebensmittel zur Verfügung stellt, und das den Frauen gleichzeitig auch beibringt, wie ungewohnte Speisen zubereitet und gekocht werden müssen.

Da gegenwärtig im weltweiten Rahmen der Versuch anläuft, landwirtschaftliche Überschüsse für die wirtschaftliche Entwicklung rückständiger Länder einzusetzen, ohne aber die Marktverhältnisse zu stören, böte ein dichtmaschiges Netz von Arbeiterkantinen und entsprechenden Einkaufsstellen gewaltige Vorteile. Die Heranbildung eines kundigen und integrierten Personals dürfte indessen noch schwieriger sein als die Bereitstellung der Lebensmittel.

General Blücher wieder "Held des Bürgerkrieges"

Von Rudolf Hornig

Für die Weltöffentlichkeit, in gleicher Weise aber auch für die sowjetische Öffentlichkeit, ist General Wassili Konstantinowitsch Blücher heute kein Begriff mehr. Es erscheint geradezu ungläubwürdig, dass wir es bei Blücher mit dem allgemein anerkannten sowjetischen Held der Vorkriegszeit zu tun haben, mit dem am höchsten dekorierten "Marschall der Sowjetunion" und mit einem Heerführer, dessen Namen nach dem ersten Weltkrieg in der Sowjetunion schneller legendar geworden ist als der Name Lenins oder anderer "Väter des Kommunismus". Am 19. August 1938 trat General Blücher seine letzte Dienstreise vom Fernen Osten nach Moskau an. Dann verschwand er spurlos, seine Name wurde von Stalin ausgelöscht. Er soll, so erfuhr man erst viel später nach dem Tode Stalins am 9. November 1938 erschossen worden sein. Man hatte ihn, wie es jetzt in der Moskauer deutschen Wochenschrift "Neues Leben" formuliert wurde, "niederträchtig verleumdet und er fiel den Repressalien aus der Zeit des Personenkults zum Opfer".

Im Hintergrund "Preussen"

Wenn die Moskauer Wochenschrift überdies noch feststellt, dass Blüchers Leben kampferfüllt und ruhmvoll gewesen sei und dass er dem Vaterland treu und ergeben gedient habe, so ist ihr mit einem Bild des "Helden des Bürgerkrieges" geschmückter Beitrag über Blücher offenbar ein Teil der pressepublizistischen Rehabilitation, die jetzt in Angriff genommen wurde. Schon im April 1956 war nach einem tödlichen Schweigen von fast 18 Jahren der Name Blücher in einer kleinen Zeitschrift wieder aufgetaucht, aber erst zu Beginn dieses Jahres ist in der UdSSR die erste offizielle Biographie des neuentdeckten Helden (von W. Duschenkin), allerdings in einer rund 200.000 Stück umfassenden Auflage, erschienen. Jetzt, im Herbst 1962, ist es nur so weit, dass auch die Presse für die Rehabilitation eingeschaltet wird, wobei besonders grosser Wert darauf gelegt wird, dass Blücher damals, vor einem Vierteljahrhundert, nicht nur im Fernen Osten eine legendäre Figur war.

Blüchers "vergessene" Verdienste

Für die heutige Jugend in der Sowjetunion muss es eine grosse Überraschung sein, dass ein wegen seiner Verdienste so hoch dekoriertes General eines Tages so gründlich in die Versenkung verschwinden konnte, dass er nicht einmal im sowjetischen Lexikon genannt wurde. Dabei hat Blücher 1918 als erster den damals gestifteten Rotbannerorden auf Vorschlag des sowjetischen Kriegesrates erhalten! Er hatte seine Partisanenarmee von 10.000 Grabenarbeitern und Maschinisten aus den Ura-

Der Werk Belorezk mit Frauen und Kindern in 46 Tagen über eine Entfernung von 1500 km aus einem weissrussischen Kessel und tschechischer Truppen hinausgeführt und sie im September 1918 bei Kungur mit der dritten Armee vereinigt. An der Spitze der 51. Division wurde Blücher, dem seine Leute bedingungslos folgten, gegen die Kolttschakarnee und anschliessend sofort gegen die Wrangelarmee eingesetzt. Seine Truppen waren bei der Erstürmung von Parekop dabei und Blücher erhielt zwei weitere Rotbannerorden.

"Marschall" - dann Sturz ins Nichts

Die grösste Zeit Blüchers kam aber erst im Fernen Osten, wo er 1921 zum Kriegminister und Oberbefehlshaber der von Moskau geschaffenen Fernöstlichen Republik eingesetzt wurde. Ihm ist es zu verdanken, dass die Japaner Sibirien räumten, dass die weissrussischen Truppen aus dem Land gedrängt wurden und dass schliesslich der nationalchinesischen Armee der entscheidende Marsch nach Norden gelang. Als General Kao-ling war er Militärberater der Nationalregierung von Kanton und Moskau schätzte seine Verdienste so hoch ein, dass es ihm 1928 für seine Tätigkeit in China den vierten Rotbannerorden verlieh. Als dann 1930 der Orden des Roter Sterns gestiftet wurde, ernannte man Blücher zum ersten Kavaliere dieses Ordens. Er hatte gerade die Truppen Tso-ling als Befehlshaber der Fernöstlichen Sonderarmee an der Ostchinesebahn vernichtend geschlagen. 1935 war es dann so weit: Blücher wurde zum "Marschall der Sowjetunion" befördert, er hatte die höchste Stufe erklimmt, die ein General in der Sowjetunion erreichen konnte. Noch einmal war er im August 1938 gegen die Japaner erfolgreich - unmittelbar darauf erfolgte sein Sturz ins Nichts.

Jugend soll sich an toten Helden begeistern

Die sowjetische Jugend, die sich wohl an den Heldentaten Blüchers begeistern soll, kann jetzt nachlesen, dass er 1889 in dem Dorfe Barstschinka bei Rybinsk im ehemaligen Gouvernement Jaroslaw an der Wolga als Sohn eines armen Bauern geboren wurde, der im Winter gezwungen war, nach Petersburg zu gehen, um dort etwas zu verdienen. Zwei Jahre Kirchenschule hat der junge Wassili besucht, um dann bei einem Kaufmann Laufbursche zu werden. Später arbeitete er in einer Fabrik und wurde 1910 als "Schlosser in dem Waggonreparaturwerk von Mytistschi" wegen eines Aufrufs zum Streik zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im ersten Weltkrieg war er so tapfer, dass er zwei Georgskreuze (die höchste Auszeichnung) und zwei Medaillen erhielt und zum Unteroffizier befördert wurde. 1916 wurde er schwer verletzt und aus der Armee entlassen. Bei Ausbruch der kommunistischen Revolution war er in Samara Vorsitzender eines Regimentskomitees, wie man jetzt erfahren kann, und beteiligte sich mit einer Truppe von Rotgardisten bei Tschelyabirsk an der Niederwerfung der Verbände des Atamans Dutow.

Aus der derzeitigen Propaganda für Blücher ist nicht ersichtlich, dass er dem Kriegengericht angehört hat, das 1938 Tschatschewski im Auftrag Stalins sturteilte. Das braucht die heutige sowjetische Jugend wohl nicht zu wissen ...